

# Gleichberechtigung heißt: Gute Löhne und gute Arbeitsbedingungen – und noch mehr!

Die Gewinne der großen Konzerne sind im letzten Jahr durch die Decke gegangen. Die Regierung besteuert Gewinne, um damit öffentliche Leistungen zu finanzieren. Doch für die Beschäftigten in den Kitas, Krankenhäusern, der Sozialarbeit und auf den Ämtern ist angeblich kein Geld da. In diesen Bereichen arbeiten überwiegend Frauen und queere Menschen. Der 8. März ist deswegen nicht nur der internationale Tag für den Kampf um gute Löhne und gute Arbeitsbedingungen in den sogenannten »Frauenberufen«. Es ist unser Tag, um sichtbar zu machen: Wir wollen mehr als das! Wir wollen Jobs, die zum Leben passen. Damit genug Zeit bleibt für Familie, Engagement, Hobbies und Freundschaften. Wir wollen Krankenhäuser, Pflegeheime, Kitas und Schulen, auf die sich alle verlassen können – auch Menschen ohne Krankenversicherung und unabhängig vom Geldbeutel.

Frauen bekommen in Deutschland immer noch rund 18 Prozent weniger Lohn als Männer und arbeiten häufiger in Teilzeit oder Minijobs. Die Betreuungszeiten in Kitas und Schulen passen noch immer nicht zu den Arbeitszeiten. Es fehlt Personal in den Schulen, Kitas, Krankenhäusern und Pflegeheimen, denn die öffentlichen Kassen wurden ausgetrocknet durch Steuer-senkungen für Millionäre. Die Beschäftigten müssen das durch Stress und Mehrarbeit ausgleichen. Doch Arbeitshetze, Niedriglohn und Minijobs sind keine Emanzipation. Altersarmut und Minirenten treffen Frauen und queere Menschen besonders stark. Schluss damit!

Bei der Tarifauseinandersetzung im Öffentlichen Dienst geht es darum, wer die Kosten

von Inflation, Krise und Aufrüstung tragen wird. Wir wollen nicht, dass das auf die Familien der Erzieher\*innen, der Pflegekräfte und auch nicht auf die der Müllwerker abgewälzt wird. Der Reichtum in unserer Gesellschaft ist groß, aber sehr ungleich verteilt. Zeit umzuverteilen! Das heißt:

- Inflation nicht auf unsere Kosten. Löhne hoch!
- Öffentliche Dienstleistungen gut finanzieren durch Steuern auf Extraprofite der Konzerne und auf Millionenvermögen!
- Arbeitszeit verkürzen bei vollem Lohnausgleich!
- Selbstbestimmung von Schwangeren ist nicht kriminell. Paragraph 218 raus aus dem Strafgesetzbuch!
- Vielfalt bedeutet Anerkennung: für ein Selbstbestimmungsgesetz, das trans unter inter Personen wirklich respektiert!

Seit langem sagen Feminist\*innen in und außerhalb der LINKEN: Sorgearbeit – ob unbezahlt zu Hause oder niedrig entlohnt in Kitas, Krankenhäusern und Jugendämtern – ist wichtige Arbeit mit Menschen. Es geht um nicht weniger als den Kampf ums Öffentliche für eine nachhaltige Zukunft, in der die soziale Infrastruktur für alle da ist und gut funktioniert. Heraus zum 8. März!



Partei Vorstand der Partei DIE LINKE  
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin  
Tel. 030/24009-999, Redaktionsschluss 20.02.2023  
kontakt@die-linke.de, [www.die-linke.de](http://www.die-linke.de)  
V.i.S.d.P. Tobias Bank

# Gleichberechtigung heißt: Gute Löhne und gute Arbeitsbedingungen – und noch mehr!

Die Gewinne der großen Konzerne sind im letzten Jahr durch die Decke gegangen. Die Regierung besteuert Gewinne, um damit öffentliche Leistungen zu finanzieren. Doch für die Beschäftigten in den Kitas, Krankenhäusern, der Sozialarbeit und auf den Ämtern ist angeblich kein Geld da. In diesen Bereichen arbeiten überwiegend Frauen und queere Menschen. Der 8. März ist deswegen nicht nur der internationale Tag für den Kampf um gute Löhne und gute Arbeitsbedingungen in den sogenannten »Frauenberufen«. Es ist unser Tag, um sichtbar zu machen: Wir wollen mehr als das! Wir wollen Jobs, die zum Leben passen. Damit genug Zeit bleibt für Familie, Engagement, Hobbies und Freundschaften. Wir wollen Krankenhäuser, Pflegeheime, Kitas und Schulen, auf die sich alle verlassen können – auch Menschen ohne Krankenversicherung und unabhängig vom Geldbeutel.

Frauen bekommen in Deutschland immer noch rund 18 Prozent weniger Lohn als Männer und arbeiten häufiger in Teilzeit oder Minijobs. Die Betreuungszeiten in Kitas und Schulen passen noch immer nicht zu den Arbeitszeiten. Es fehlt Personal in den Schulen, Kitas, Krankenhäusern und Pflegeheimen, denn die öffentlichen Kassen wurden ausgetrocknet durch Steuer-senkungen für Millionäre. Die Beschäftigten müssen das durch Stress und Mehrarbeit ausgleichen. Doch Arbeitshetze, Niedriglohn und Minijobs sind keine Emanzipation. Altersarmut und Minirenten treffen Frauen und queere Menschen besonders stark. Schluss damit!

Bei der Tarifauseinandersetzung im Öffentlichen Dienst geht es darum, wer die Kosten

von Inflation, Krise und Aufrüstung tragen wird. Wir wollen nicht, dass das auf die Familien der Erzieher\*innen, der Pflegekräfte und auch nicht auf die der Müllwerker abgewälzt wird. Der Reichtum in unserer Gesellschaft ist groß, aber sehr ungleich verteilt. Zeit umzuverteilen! Das heißt:

- Inflation nicht auf unsere Kosten. Löhne hoch!
- Öffentliche Dienstleistungen gut finanzieren durch Steuern auf Extraprofite der Konzerne und auf Millionenvermögen!
- Arbeitszeit verkürzen bei vollem Lohnausgleich!
- Selbstbestimmung von Schwangeren ist nicht kriminell. Paragraph 218 raus aus dem Strafgesetzbuch!
- Vielfalt bedeutet Anerkennung: für ein Selbstbestimmungsgesetz, das trans unter inter Personen wirklich respektiert!

Seit langem sagen Feminist\*innen in und außerhalb der LINKEN: Sorgearbeit – ob unbezahlt zu Hause oder niedrig entlohnt in Kitas, Krankenhäusern und Jugendämtern – ist wichtige Arbeit mit Menschen. Es geht um nicht weniger als den Kampf ums Öffentliche für eine nachhaltige Zukunft, in der die soziale Infrastruktur für alle da ist und gut funktioniert. Heraus zum 8. März!



Partei Vorstand der Partei DIE LINKE  
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin  
Tel. 030/24009-999, Redaktionsschluss 20.02.2023  
kontakt@die-linke.de, [www.die-linke.de](http://www.die-linke.de)  
V.i.S.d.P. Tobias Bank